

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Angelika Beer,
Simone Probst, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 13/8037 –

Aussetzung des Rückübernahmeabkommens mit Algerien

A. Problem

Wegen der gefährlichen Lage in Algerien und der Menschenrechtssituation dort fordert der Antrag eine Annullierung des in Verhandlungen befindlichen Rückübernahmeabkommens für abgelehnte algerische Asylsuchende.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/8037 abzulehnen.

Bonn, den 29. Oktober 1997

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender

Wolfgang Zeitlmann
Berichterstatter

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Berichterstatterin

Cem Özdemir
Berichterstatter

Cornelia Schmalz-Jacobsen
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Wolfgang Zeitlmann, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Cem Özdemir, Cornelia Schmalz-Jacobsen und Ulla Jelpke**I. Zum Verfahren**

1. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in der 184. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 1997 an den Innenausschuß federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuß, den Rechtsausschuß und den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.
2. Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.
Der Rechtsausschuß hat keine Stellungnahme abgegeben.
Der Auswärtige Ausschuß hat mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags empfohlen.
3. Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 8. Oktober 1997 abschließend beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und der Gruppe der PDS abgelehnt.

II. Zur Begründung

Der Innenausschuß hat das Kernanliegen des Antrags, das Rückübernahmeabkommen mit Algerien

zu annullieren, abgelehnt. Er ist der Auffassung, daß die Verhandlungen über den Abschluß des Rückübernahmeabkommens zu Ende geführt werden sollen. Seitens der Bundesregierung ist der Innenausschuß dahin informiert worden, daß das Abkommen unterschriftsreif verhandelt ist, daß sich aber seit April nichts bewegt hat. Es bestand Einvernehmen im Innenausschuß, die Situation in Algerien im Auge zu behalten.

Einem Abschiebestopp für Algerier, der in letzter Konsequenz das Ziel des Antrags ist, hat der Innenausschuß nicht zugestimmt. Er hat auf die Aussage der Bundesregierung vertraut, daß nach Auskunft des Auswärtigen Amts bislang kein Abgeschobener Opfer einer Verfolgung geworden ist.

Die antragstellende Fraktion hat ihr Anliegen unter Hinweis auf einen späteren Antrag „Friedensinitiative für Algerien“ auf Drucksache 13/8572, der dem Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung überwiesen worden ist und zu dem der Innenausschuß mitberatend mehrheitlich Ablehnung empfohlen hat, modifiziert. Dort fordert sie, Verhandlungen über ein Rücknahmeübereinkommen abubrechen bzw. bereits bestehende Vereinbarungen nicht umzusetzen, sondern sich für einen bundesweiten Abschiebestopp für Algerier einzusetzen.

Seitens der Gruppe der PDS ist darauf hingewiesen worden, daß sich die Situation in Algerien immer mehr verschärft. Sie hat darauf gedrängt, daß endlich im Sinne eines Abschiebestopps gehandelt wird.

Bonn, den 29. Oktober 1997

Wolfgang Zeitlmann
Berichtersteller

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Berichterstatlerin

Cem Özdemir
Berichtersteller

Cornelia Schmalz-Jacobsen
Berichterstatlerin

Ulla Jelpke
Berichterstatlerin

